

Wasserdichte Joppen, Havelocks, Schlafrock-Meyer, Frauenstr. nur 7.
 beste Ausführung, billigste Preise.
 Segründet 1856

Dresdner Nachrichten

Julius Schädlich
 Am See 16, part. a. L. E.
 Beleuchtungsgegenstände
 Petroleum und Kerzen.
 für Gas, elektrisch, Licht.

Restaurant Neustädter Markthalle, Dresden-N.
 Hauptstr. 30.
 Inhaber: Carl Romberg
 empfiehlt seine angenehm ventilirten Lokalitäten einer geneigten Beachtung.

Max Roll, Cigarrenhandlung,
 Filiale der „Dresdner Nachrichten“
 Zöllnerstrasse, Ecke Striesenerstrasse
 empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten und Abonnements für obige Zeitung.

Papierwarenhaus C. S. Adam
 Frauenstrasse 14.
 Juxsachen: Masken, Perrücken, Bärte.

Fussmaschinen
 für Platt-, Klumpfüsse, krumme, X-, verkürzte, goldhämte, kraftlose Beine, Knie- u. Hüftstützmaschinen, Knienstreckmaschinen, für Hüftgelenk-Entzündung u. Verrenkung etc. fertigt als Spezialität **Bandagist und Orthopäde**

M. H. Wendschuch sen., Marienstrasse 22

Nr. 23. Spiegel: Bergarbeiterausstand in Oesterreich. Hofnachrichten, Wohlthätigkeitsveranstaltungen, Ruthenwahl, Bitterung, Steuerreform, Handels- und Gewerbeamt, Kohlenverkehr, Philharmonisches Concert, Trübe, neblig. Donnerstag, 25. Januar 1900.

Für die Monate Februar und März
 werden Bezugsbestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden und die Vororte Blasewitz, Plauen und Löbtau bei der Haupt-Geschäftsstelle, Marienstrasse 38, und allen Neben-Annahmestellen zum Preise von
1 Mk. 70 Pfg.,
 für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mk. 84 Pfg., in Oesterreich-Ungarn zu 1 Gulden 69 Kreuzern angenommen.

Der Bergarbeiter-Ausstand in Oesterreich.
 Die soziale Bewegung der neuesten Zeit, so sehr sie auch an großen Arbeiterausständen ist, dürfte kaum einen in seinen Folgen in das wirtschaftliche Leben so tief einschneidenden Krienschnitt aufzuweisen haben, wie denjenigen in den österreichischen Kohlenwerken, der sich bereits über die Grenzen des habsburgischen Reiches fühlbar zu machen beginnt. In Oesterreich selbst droht ein wirtschaftlicher Nothstand von unabsehbarer Tragweite, dem gegenüber augenblicklich alle politischen Fragen und Sorgen vollständig in den Hintergrund treten müssen. Fast die gesamte Kohlenproduktion nähert sich dort dem Stillstand, und was das zu bedeuten hat, ergibt sich schon aus dem bloßen Hinweis, daß das Verkehren und die Industrie unmittelbar oder mittelbar von dem Betriebe der Kohlenbergwerke abhängig sind. In den Steins- und Braunkohlenrevieren Böhmens, Mährens, Schlesiens und den angrenzenden Theilen Galiziens ist der Ausstand beinahe ein allgemeiner. Hier werden jährlich insgesamt etwa 25 Millionen Meter-Centner Kohle erzeugt, so daß sich unter Berücksichtigung der Sonntagstunde für jeden Streiktag ein durchschnittlicher Produktionsverlust von etwa 950,000 Meter-Centnern ergibt.
 Diese Zahl allein läßt die Wirkungen erkennen, die der österreichische Bergarbeiterausstand ausüben muß. Zu dem Heer der Streikenden, deren Zahl bald auf 90,000 angewachsen sein dürfte, kommen die noch ungezählten Tausende von Arbeitern, die in Folge der Kohlennoth zu unfreiwilliger Arbeitseinstellung gezwungen werden. Je länger der Streik andauert, um so empfindlicher werden die Störungen und Stockungen zunächst in denjenigen industriellen Produktionszweigen, für welche die Kohle ein unentbehrliches Hilfsmittel ist. Immer größer wird die Zahl der Fabrik- und Hüttenwerke, die wegen Kohlenmangels gezwungen sind, ihren Betrieb entweder vollständig einzustellen oder ganz einzustellen. Erleidet die Ausstandsbewegung keinen Rückschlag, sondern nimmt sie noch weitere Dimensionen an, so wird in absehbarer Zeit, da auf eine beträchtliche Einfuhr fremder Kohlen kaum zu rechnen ist, die gesamte Industrie Oesterreichs, soweit sie der Kohle nicht entbehren kann, zum Stillstand gebracht. Es liegt auf der Hand, welche gewaltige Schädigung des nationalen Wohlstandes hiermit verbunden sein muß. Natürgemäß machen sich die Folgen auch im Eisenbahnbetrieb und im Haushaltungsbetrieb und zwar besonders der weniger bemittelten Bevölkerungsklassen geltend. Auf einzelnen Bahnstrecken reicht der Kohlenvorrath nur noch für kurze Zeit und in den nächsten Tagen sind Meldungen zu erwarten, daß der Verkehr auf verschiedenen Bahnen ganz aufhören muß. In den Städten der Landeshälfte, die hauptsächlich von den böhmisch-mährischen Kohlenwerken versorgt werden, ist die Beleuchtung in Frage gestellt, die Schulen müssen geschlossen werden und allenthalben werden Gefahren für die öffentliche Ordnung und Sicherheit heraufbeschworen, da durch den Kohlenmangel in erster Linie die breiten Schichten der armen Volksklassen, die zum Theil brotlos werden, in Mitleidenschaft gezogen sind und für Ausschreitungen empfänglich werden. Die von den Streikenden ausgehende Parole, keinen Anlaß zum Einschreiten der bewaffneten Macht zu geben, ist zwar bisher meist streng beobachtet worden; bis auf einzelne unbedeutende Zwischenfälle, wie sie bei keinem Streik von großem Umfange ausbleiben pflegen, wurde die Ruhe nirgends gefährdet. Aber auf die Dauer werden die hungernden und frierenden Massen schließlich eine Stimmung und Haltung bewahren, welche die Möglichkeit erster Konflikte ausschließt, und so werden sich, wenn der Streik nicht bald beendet wird, zu den bedenklichen Gefahren des Ausstandes solche eines Aufstandes gesellen.
 Die Streikenden fordern die Einführung der achtstündigen Normalarbeit, in welche die zur Ein- und Ausfahrt erforderliche Zeit eingerechnet werden soll, die Festsetzung eines Mindestlohnes und die Erhöhung der Arbeitslöhne. Es wäre durchaus verfehlt, sich bei der in Oesterreich gegebenen Sachlage strikte auf den Standpunkt der Besitzer der von dem Ausstande betroffenen Kohlenwerke stellen zu wollen, denen man schwerlich nachsagen kann, daß sie jemals ein besonderes Wohlwollen für ihre

Arbeiterchaft an den Tag gelegt haben, und die auch wegen der schroff ablehnenden Haltung, die sie in der gegenwärtigen Ausstandsbewegung beobachten, kaum Sympathien verdienen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den böhmisch-mährischen Bergwerken, deren Besitzer, fast durchweg Mitglieder des höchsten österreichischen Geburts- und Geldadels, über ungeheure Reichthümer verfügen, sind jedenfalls durchschnittlich ungünstiger als in Deutschland, und das 3. B. die Frage einer Verkürzung der Arbeitszeit nicht von vornherein unbedingt beantwortet zu werden braucht, geht u. A. daraus hervor, daß das Ackerbauministerium den Arbeitern der drei staatlichen Kohlenfelder bei Brüx, die jährlich ungefähre 8 1/2 Millionen Meter-Centner Braunkohle produzieren, die Achtstundensarbeit vom 1. Januar 1901 ab bewilligt hat. Das ist vor dem Ausstande geschehen und man sollte meinen, daß, was der Staat gewährt, annähernd auch die Bergwerksbesitzer zugestehen können, und daß die technischen Rücksichten, aus denen diese Zugeständnisse in dieser Richtung verweigern, nicht so zwingender Natur sein können, wie dies behauptet wird. Auch der Forderung einer Lohnerhöhung wird sich die Verrechtlichung nicht rundweg abweisen lassen, wenn man erwägt, daß vom Jahre 1898 auf das Jahr 1899 für die böhmisch-mährischen Distrikte der Kohlenpreis pro Tonne von 3 fl. 76 kr. auf 4 fl. 20 kr., also um 44 kr., gestiegen und der Werth der letztjährigen Förderung gegenüber dem des vorhergehenden Jahres um 28 Millionen Gulden gewachsen ist.
 Im Bewußtsein der unheilvollen Folgen, von denen der Ausstand bei längerer Dauer für die gesamte Bevölkerung Oesterreichs und alle Zweige der Produktion begleitet sein muß, ist die Regierung in Wien mit allen Kräften bemüht, die Grundlage zu schaffen, auf der ein Ausgleich herbeigeführt werden kann. Wenn in gleicher Stärke bei den Grubenbesitzern das Gefühl der Verantwortung geweckt wird und diese zu dem Erkenntnis geführt werden, daß in der gegenwärtigen Situation ihr eigenes Arbeitsinteresse dem allgemeinen Interesse des Staates und der Gesamtheit untergeordnet werden muß, dann darf wohl erwartet werden, daß eine Verständigung zu Stande kommt. Denn auch die Streikenden werden sich wohl der Einsicht nicht entziehen können, daß, wenn sie den Kampf auf's Aeußerste treiben, sie selber und die übrigen Arbeiterklassen, die vor Allem in Mitleidenschaft gezogen werden, die schwersten Opfer zu bringen haben und zwar vergeblich, denn der Sieg wird ihnen nicht zufallen, wenn sie ihrerseits jede Nachgiebigkeit schroff ablehnen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 24. Januar.
 * Paris. Die Kammer stimmte mit 319 gegen 214 Stimmen dem Verlangen Waldeck-Rousseau's zu, die Interpellation wegen des Verhaltens der Regierung im Assumpthons-Prozesse auf einen Monat zu vertagen.
 * Paris. Die Assumpthons-Verträge wurden vom Justizminister zu je 16 Francs Geldbuße verurteilt. Außerdem sprach der Gerichtshof die Auflösung der Assumpthons-Gesellschaft aus. Der Schluß der Sitzung erfolgte ohne Zwischenfall.
 * Berlin. Reichstag. Vor überaus schwach besetztem Hause wird in der Beratung des Etats fortgesetzt und zwar beim Etat des Reichschatzamt's. Abg. Lucke-Battershausen (Sozialist der Reichstagspartei) weist darauf hin, wie sehr im Auslande der Brauntwein vertrieben werde; mindestens müßte den betreffenden geboten werden, über Jähre zum Brauntwein das Publikum durch ein Plakat zu unterrichten. Weiter bemängelt Redner das Maßraum-Gesetz und verlangt Reform der ganzen Brauntweinsteuererhebung. Daß der größte Theil der deutschen Landwirthe kein Interesse am Getreidebau und an den Getreidepreisen habe, wie neulich drei Mal behauptet worden sei, sei ein Märchen. Eine Weisheit, in der er dieses Märchen widerlegt, habe er an Eugen Richter gefunden, der sie ihm aber unangekündigt zurückgeschickt habe. (Heiterkeit.) Entgegen der Angabe Steinhauser's siche es mit dem Bauer im Allgemeinen schlecht. Ueberall seien die Löhne und Beamtensgehälter erhöht worden, solle denn der Bauer allein darben? Staatssekretär v. Thielmann erwidert, daß das Reichschatzamt nicht zuständig sei, bei dem Brauntweinverkauf eine bestimmte Stärke des Brauntweins vorgeschrieben. Von Schwierigkeiten, die den Brennern durch Durchführung der Maßraumsteuerkontrolle bereitet würden, sei ihm nichts bekannt; er werde sich aber mit den einschläglichen Behörden in Verbindung setzen. Der Etat des Reichschatzamt's werde genehmigt, ebenso der der Reichschatzamt's und des Reichschatzamt's. Sodann wird die Beratung der Anträge Agler und Vengmann auf baldigen Erlass eines Berggesetzes fortgesetzt. Es liegt dazu noch der Antragtrag Petzold vor auf baldigen Erlass einer Verordnung zum Schutze von Gesundheit und Leben der Arbeiter in Zinnhütten (durch Regelung der Arbeitszeit und Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen) Abg. Thiele-Salle (Soz.): Die Gesundheitsbeschädigung im Bergbau sei größer, als in jedem anderen Gewerbe; da könne nur sorgfältige Kontrolle helfen. Wenn in einzelnen Fällen über ungenügende Leistungen geklagt würde, so überlasse man, wie die Förderung durch Zwischenlagerung von taubem Gestein verlangsamt werde. Es komme in Betracht, daß eine ganze Kameradschaft (5 bis 6 Mann) für eine Arbeit von mehreren Tagen so gut wie gar nichts verdienen. In den Gruben der Mansfelder Bergwerks-Gesellschaft müßten u. A. Kinder Kilometer weit schwer beladene Hunte in einem ganz niedrigen Gang ziehen. Unter so unglücklich schlechten Arbeitsverhältnissen sei es auch begreiflich, wenn im Bereiche jener Gewerkschaft die Kohlenbergehen häufig seien. Besonders zu wünschen sei die Abschaffung des Affords zu Gunsten des Gedingensystems, pro Tag 4 Mk. Würden dadurch die Kohlen etwas theurer, was schade das? Man sehe ja, wie sehr angezogen der Ausstand in Böhmen ist, die Händler aufschlagen. Abg. Franke (nat.-lib.): Die Preise hängen vom Weltmarkt ab und so lange das der Fall ist, kann auch auf das Affordsystem nicht verzichtet werden. Gegenüber den neulichen Angaben Sachse's über die Rentabilität des Bergbaues weist Redner darauf hin, daß sich von einer Rentabilität für die meisten Gewerke überhaupt erst seit Bestehen des Kohlenfunditals sprechen lasse. Abg. Hildebrand (nat.-lib.) giebt dem Abg. Thiele zu, daß die Arbeitsverhältnisse im Mansfelder Bergbau sehr ungünstig seien, aber es dürfe nicht übersehen werden, daß der Mansfelder Bergbau mit

sehr großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe und daß er den Betrieb würde einstellen müssen, wenn diese Schwierigkeiten ihm noch erhöht würden. Unter seinen Umständen gehe es an, im genannten Bergbau den Afford zu beibehalten. Nebenwärtig der neulichen Behauptung Sachse's, daß auf der Seite der „Wesphalia“ ungarische Arbeiter mit dem Bestreben eines 4-Mark-Tagelohnes hernahegekommen worden seien und daß man ihnen hinterher dieses Bestreben nicht gehalten habe. Diese Behauptung habe sich vor Gericht als falsch erwiesen. Sachse habe über Mangel an Verleisungsanlagen gellagt. Die Verleisungsanlagen seien aber vorhanden, die Bergleute benötigten sie nur nicht, weil sie lieber im Trocknen, als im Nassen arbeiteten. Abg. Dr. Krenzl (Reichsp.) legt die Schwierigkeiten dar, mit denen der Mansfelder Bergbau zu kämpfen habe. Die Verleisungsverhältnisse beständen die Behauptungen Thiele's über die frühzeitige Abnutzung der dortigen Bergarbeiter nicht. Auch das Lohnniveau sei dort durchaus besetzt. Verbitterte Bemerkung Redner gegen eine Annahme Thiele's ein, daß jede Kameradschaft monatlich 20 Mk. Verleisungsgeld an den Steiger abgeben müßte. Ein so schwerer Vorwurf gegen die Steiger müsse doch erst erwiesen werden. Abg. Thiele (Soz.) hält seine Behauptungen unter Namentnennung aufrecht. Abg. Dasbach (Centr.) stellt an einzelnen Fällen den Mangel von Verleisungsanlagen fest. Solche und andere Verleisungen seien gerichtlich konstatiert. Ein Reichs-Vergleich sei unumgänglich notwendig und in demselben strenge Strafbestimmungen, denn durch gelinde Strafen lasse sich die Profitwahl nicht zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften bewegen. Abg. Dr. Krenzl (Reichsp.): Der eine von Herrn Thiele angeführte Fall des Steiners Nothe wird unterrichtet werden; jedenfalls ist es unbillig, den ganzen Stand der Steiger so anzugreifen, wie es Abg. Thiele u. A. auch mit der Bemerkung getan hatte, die Steiger betrachteten die Frauen der Bergleute als ihr Eigenthum. Abg. Thiele (Soz.): Ich habe nicht von dem ganzen Stand der Steiger gesprochen, sondern nur von einer Anzahl derselben. In dem Schlusswort des Abg. Sachse, der u. A. von dem Verleisungsgeld des Abg. Dertel spricht, bemerkt Präsident Graf Kallsteden, der Vorredner habe von der furchtlichen Beschaffenheit eines Abgemachten gesprochen; da das in einer gewissen antwärtigen Weise geschehen sei, wolle er darin nicht gerade einen Vorwurf gegen die Ordnung des Hauses sehen, doch bitte er dem Beispiel des Abg. Sachse nicht zu folgen, denn wozu solle das führen? (Beifall.) — Sodann werden die Anträge mit dem Zusatz Petzold gegen die Rechte angenommen. — Morgen: 10. Sitzung.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus begann heute die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung. Abg. v. Wendt-Steinfels erklärte die zur Förderung der Viehzucht, des Obstbaues und der landwirtschaftlichen Vereine in Aussicht gestellten Mittel für ganz unzureichend und wünschte noch in dieser Session eine Vorlage, betr. Verstaatlichung des Kontraktbundes, staatlichen Schulgen gegen die Geschäftspraktiken der Hamburger Thiele-Salpetehändler, größere Abwehrkräfte bei dem Ausbruch von Maul- und Klauenseuche und Verstaatlichung tuberkulöser Kühe unter Anschuldigung der Besitzer. Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein meinte in Uebereinstimmung mit dem Finanzminister, daß die Mittel zur Förderung der Landwirtschaft zum Theil auch von der Landwirtschaft aufgebracht werden könnten, und theilte mit, daß die früher in dem Antrag Camp zusammengefaßten Forderungen in einer schon in einigen Monaten dem Hause zugehenden Vorlage berücksichtigt werden würden. Eine Verständigung über die Seuchenbekämpfung sei bei den widersprechenden Ansichten der Interpellanten darüber sehr schwierig. Abg. v. Linden (nat.-lib.) und Abg. Schmitz (Centr.) sprachen für einen ausreichenden Zuschuß für die Landwirtschaft bei Abschluss der neuen Handelsverträge. Abg. Schmitz und v. Emmatten (Centr.) verminderten sich für eine bessere Anpassung der Volksschule an die ländlichen Verhältnisse. Abg. Dr. Hirsch (frei. Volksp.) sprach gegen höhere landwirtschaftliche Zulagen, welche die Arbeiter belasten würden. Abg. v. Wangenheim (Soz.) verlangte dagegen Abhilfe des Nothstandes der Landwirthe von der Regierung, da diese den Nothstand verschuldet habe. Von der Industrie fordere die Landwirtschaft keine Opfer, Industrie und Landwirtschaft müßten aber einen Ausgleich ihrer Interessen anstreben. — Weiterberatung morgen.

Berlin. Bei dem Staatsfeiern v. Boddists findet am 8. Februar ein Vortragsabend statt, dem der Kaiser beizuwohnen wird. Der Generaldirektor der Elektrizitätswerke Rathenau wird, unterstützt durch Demonstrationen des Grafen Arco, über moderne Alkamine sprechen. Es wird sich um die Herstellung wichtiger Metalle, wie z. B. des Aluminiums, handeln. — Am Sonntag, dem Geburtstag des Kaisers, findet Vormittag in der Kapelle des hiesigen Schlosses feierlicher Gottesdienst und am Nachmittag danach im Weißen Saale die Gratulationsfeier bei dem Kaiserpaar statt. — Der Kaiser hat den Geh. Rath und Professor Dr. Max v. Pettenkofer in München zum ständerechtl. Ritter des Ordens pour le mérite für Wissenschaft und Kunst ernannt. — Feing Albrecht von Kreuzen hielt heute Vormittag als Herrmeister des Johanniterordens ein Kapitel des Ordens in seinem hiesigen Palais ab. — Die Budgetkommission des Reichstags beriet heute den Etat für das ostafrikanische Schutzgebiet und nahm eine von dem Grafen Arco beantragte Resolution an, den Reichstanzler zu ersuchen, möglichst bald eine Abänderung der Verordnung für die Kolonien vom 9. Oktober 1898 in Erwägung zu ziehen. In den Verhandlungen wurden insbesondere die Rentabilität der Niambara-Eisenbahn und die Ansichten des ostafrikanischen Kaffeebaues erörtert, wobei die Ansichten erheblich auseinander gingen. Kolonialdirektor v. Buchta legte besonderes Gewicht auf die politische Bedeutung der Niambara-Eisenbahn. — Die Grenzregulierung zwischen Deutschland und dem Kongostaat soll, wie aus Brüssel gemeldet wird, durch einen Gebietstausch erfolgen, den eine gemischte Kommission an Ort und Stelle feststellen werde. Ferner wird aus Brüssel gemeldet, König Leopold glaube die Zeit gekommen, um endlich seinen seit Jahren gehegten Lieblingsplan zur Ausführung zu bringen; er wolle nämlich mit den Missionen, die er nach und nach aus dem Kongo-Unternehmen gezogen habe, im Interesse Belgiens einen ausgedehnten Landbesitz in China erwerben. Der französische Gesandte am belgischen Hofe Gérard, der früher in China französische Gebiete war, soll auf Wunsch des Königs das Unternehmen in die Wege geleitet und gefördert haben. Die Antwerpener Presse berichtet, daß der amtierende belgische Botschafter bei seinem Empfang durch den Deutschen Kaiser im Namen des Königs der Belgier den Kaiser um seine und Deutschlands moralische Unterstützung für das

25. Januar 1900.